

Kleine Anfrage mit Antwort**Wortlaut der Kleinen Anfrage**

des Abgeordneten Helge Limburg (GRÜNE), eingegangen am 07.01.2010

Rechtsextremistische Straftaten in Niedersachsen im Dezember 2009

Auch im Dezember 2009 wurden in Niedersachsen rechtsextremistische Straftaten verübt. So verteilten kurz vor Weihnachten Rechtsextreme, als Weihnachtsmänner verkleidet, in Hannover Propagandamaterial mit möglicherweise volksverhetzendem Inhalt. Am 19. Dezember 2009 konnten über 200 Rechtsextreme beinahe unbehelligt auf dem Hof Nahtz in Eschede die sogenannte Wintersonnenwende feiern, eine jährlich stattfindende Veranstaltung, in deren Kontext es in der Vergangenheit immer wieder zu rechtsextremistischen Straftaten gekommen ist.

Sich diesen Aktivitäten entgegenzustellen ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte. Um jedoch wirksame Strategien gegen Rechtsextremismus entwickeln zu können, muss die regionale Verteilung rechtsextremer Straftaten im Land Niedersachsen bekannt sein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele rechtsextremistische Straftaten wurden in Niedersachsen im Dezember 2009 polizeilich registriert (bitte auflisten nach Landkreisen/kreisfreien Städten)?
2. Wie viele der unter 1. genannten rechtsextremistischen Straftaten waren Gewaltdelikte?
3. Wie viele der unter 1. genannten rechtsextremistischen Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund?
4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Verbindungen und Kontakte der NPD zu rechtsextremistischen Straftätern?

(An die Staatskanzlei übersandt am 12.01.2010 - II/721 - 543)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration
- P 23.22-01425/2 -

Hannover, den 12.02.2010

Nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurde bundesweit im Jahr 2001 ein einheitlicher Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) eingeführt, um eine bundeseinheitliche und differenzierte Auswertung und Lagedarstellung zu ermöglichen.

Dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- werden danach Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind. Dies trifft insbesondere auf Delikte zu, bei denen Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Die extremistische Kriminalität bildet einen Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität ab und umfasst Straftaten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Ebenfalls hinzugerechnet werden Straftaten, die durch Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder sich gegen die Völkerverständigung richten.

Ausgehend von den Umständen der Tat wird gemäß diesem Definitionssystem ein Delikt als fremdenfeindlich erfasst, wenn es aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion oder Herkunft des Opfers verübt wurde.

Niedersachsen gewährleistet hinsichtlich der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität eine ständige Aktualität, auch für bereits zurückliegende Zeiträume. Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren oder Gerichtsurteilen finden auch für vergangene Jahre Berücksichtigung in der Statistik. Dies führt dazu, dass Änderungen bzw. Nacherfassungen notwendig werden, welche die Vergleichbarkeit von Daten insbesondere in Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflussen. Die Zahlen unterliegen demzufolge teilweise starken Veränderungen. Insofern können zuverlässige Aussagen zur Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität in Niedersachsen anhand dieser Fallzahlen noch nicht vorgenommen werden.

Dies vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Straftaten in Niedersachsen im Dezember 2009 (Stand: 22.01.2010):

Landkreis/kreisfreie Stadt	Dezember 2009
LK Ammerland	9
LK Aurich	2
LK Celle	6
LK Cloppenburg	1
LK Cuxhaven	2
LK Diepholz	0
LK Emsland	4
LK Friesland	1
LK Gifhorn	6
LK Goslar	3
LK Göttingen	4
LK Grafschaft Bentheim	1
LK Hameln-Pyrmont	1
LK Harburg	3
LK Helmstedt	1
LK Hildesheim	7
LK Holzminden	0
LK Leer	0
LK Lüchow-Dannenberg	0
LK Lüneburg	0
LK Nienburg	0
LK Northeim	3
LK Oldenburg	1
LK Osnabrück	1
LK Osterholz	1
LK Osterode	1
LK Peine	0
LK Rotenburg (Wümme)	0
LK Schaumburg	5
LK Soltau-Fallingb.ostel	4
LK Stade	0
LK Uelzen	2

Landkreis/kreisfreie Stadt	Dezember 2009
LK Vechta	2
LK Verden	3
LK Wesermarsch	0
LK Wittmund	2
LK Wolfenbüttel	1
Region Hannover	7
Stadt Braunschweig	5
Stadt Delmenhorst	2
Stadt Emden	0
Stadt Hannover	4
Stadt Oldenburg	0
Stadt Osnabrück	1
Stadt Salzgitter	1
Stadt Wilhelmshaven	1
Stadt Wolfsburg	2
Gesamt	100

Zu 2:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Gewaltdelikte in Niedersachsen im Dezember 2009 (Stand: 22.01.2010):

Landkreis	Dezember 2009
LK Harburg	1
Stadt Braunschweig	1
Gesamt	2

Zu 3:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund in Niedersachsen im Dezember 2009 (Stand: 22.01.2010):

Landkreis	Dezember 2009
LK Ammerland	1
LK Cloppenburg	1
LK Goslar	1
LK Göttingen	1
LK Hameln-Pyrmont	1
LK Harburg	2
LK Hildesheim	2
LK Verden	1
Stadt Braunschweig	3
Stadt Hannover	1
Gesamt	14

Zu 4:

Es ist bekannt, dass die NPD auch Personen in ihre Aktivitäten einbindet, die in der Vergangenheit rechtsextremistisch motivierte Straftaten begangen haben.

In Vertretung

Wolfgang Meyerding